

# Bürgermeister Sander entschuldigt sich

Weiter mit dem SV-DJK sprechen und trotzdem an der Ablehnung der vorgelegten Erweiterungspläne festhalten: Das ist die Botschaft des Gemeinderats an den Verein. Bürgermeister Ullrich Sander (parteilos) bat für die „unglückliche Kommunikation“ öffentlich um Entschuldigung.

VON SOPHIA SCHREIB

**Taufkirchen** – Sachlich hat der Gemeinderat das Debakel um die abgelehnte Sportparkerweiterung aufgearbeitet. Am Ende war die Stoßrichtung klar: Die Gespräche mit dem SV-DJK gehen weiter. Nächste Woche treffen sich Bürgermeister Sander, Zweiter Bürgermeister Alfred Widmann (SPD) und Dritter Bürgermeister Rudi Schwab

(Grüne) mit dem Präsidium des Vereins. Gleichzeitig aber hält der Gemeinderat an seiner Ablehnung der vorgelegten Pläne fest. Hauptgrund ist die akute Finanznot der Gemeinde Taufkirchen.

Für Aufregung hatte die Kommunikationsführung von Bürgermeister und Verwaltung mit dem Verein gesorgt. „Ich habe nach dem Beschluss eine persönliche Nachricht an Herrn Brandmaier geschickt“, sagte Sander im Gemeinderat. „Aber es kam so rüber, als habe die Gemeinde per SMS mit dem SV-DJK Schluss gemacht, und das tut mir leid.“ Als „überflüssig und nicht glücklich“ bezeichnete Sander zudem einen Facebook-Post, in dem er die Ablehnung der Pläne mit dem „Wohl für die Gemeinde“ begründet und den Satz später wieder gelöscht hatte. „Ebenfalls leidtut mir, dass zunächst keine offizielle Mitteilung der Ge-

meinde an den SV-DJK kam. Das ist im Übergangstrübel vor meinem Urlaub untergegangen“, sei nun aber nachgeholt worden.

Zuletzt wurde Sander von den Freien Wählern (FW) kritisiert. Fraktionsvorsitzender Michael Lilienthal hatte zur Entscheidung in nicht öffentlicher Sitzung Beschwerde bei der Kommunalaufsicht eingereicht und warf dem Bürgermeister vor, den Gemeinderat „vorsätzlich getäuscht zu haben“. „Die

## Beschwerde nicht erfolgreich

Grundsatzentscheidung: Geben wir für den Sportverein 1,8 Millionen Euro aus oder nicht, ist öffentlich zu treffen“, wiederholte Lilienthal in der November-Sitzung.

Sander hatte die Kommunalaufsicht zu diesem Streit-



**Ullrich Sander** gibt zu, nicht richtig kommuniziert zu haben. F: FKN

punkt ebenfalls und schon zwei Wochen vorher um Stellungnahme gebeten. Er gab die Stellungnahme der Behörde am Donnerstag bekannt: „Dass die Angelegenheit nicht öffentlich behandelt wurde, war richtig“, lautet das Fazit der Aufsichtsbehörde. Am 19. Oktober sei es unter anderem um die Frage einer Bürgschaft und um die Gewährung von Erbbaurecht gegangen. „Darüber hatten wir vorher noch nie geredet, und das ist nicht öffentlich zu behandeln“, sagte Sander.

Diskutiert wurde zudem über den Antrag der Freien Wähler, „dass sich der Gemeinderat bis spätestens 31. Dezember 2018 noch einmal mit der Sportparkerweiterung befassen und dem Verein damit ein positives Signal“ geben soll. „Wir haben die Entscheidung vom 19. Oktober so verstanden, dass das Projekt vollständig abgelehnt ist“, sagte Lilienthal. Eventuell könne man aber andere, kleinere Lösungen finden, indem man zum Beispiel die Gaststätte rausnimmt.

Stärker als dieses Argument wog für die Mehrheit aber ein anderes – nämlich die Befürchtung, dass man dem Verein durch diesen Antrag erneut Hoffnungen mache, dass die Sportparkerweiterung doch noch in dieser oder ähnlicher Form zu realisieren sei. „Das vorgelegte Paket ist aus sachlichen Gründen abgelehnt worden“, be-

tonte Matteo Dolce (SPD). „Und auch, wenn es – wie beim Schlussmachen – keine angenehme Art gibt, das mitzuteilen, sollte der Gemeinderat jetzt dabei bleiben.“ Dass man weiter mit dem SV-DJK spreche, wie kommende Woche geplant, sei freilich unbenommen. „Mit den Ideen vom Mittwoch werden wir wieder in den Gemeinderat gehen“, bekräftigte Sander.

Bei der Abstimmung fiel der FW-Antrag mit 14:9 Stimmen durch. Ebenfalls keine Mehrheit fand der Antrag der ILT. Die Initiative hatte gefordert, dass die „Gespräche zwischen Gemeinde und Verein jetzt weitergeführt werden müssen, auf Grundlage der positiven Beschlüsse vom 27. April 2017 und 14. April 2016.“ Beatrice Brückmann: „Die Planungskosten von 150 000 Euro müssen wir ohnehin zahlen. Das ist zu viel, um das einfach in den Wind zu schreiben.“